



Sitzungsniederschrift

Ausschuss für Wirtschaft, Tourismus und Verkehr

Sitzungsort:	Haus der Insel, Nordeingang - Konferenzraum 1-2, Am Kurtheater 2	
Sitzungsdatum:	18.06.2014	Niederschrift gefertigt am: 09.07.2014
öffentlich	Beginn: 18:00 Uhr	Ende: 19:35 Uhr

Anwesend:

Vorsitzender

RM Klaus-Rüdiger Aldegarmann

Stimmberechtigtes Mitglied

RM Barbara Bakker-Dinkla

RM Christian Budde

RM Reinhard Kiefer

RM Bernd Flessner

BG Axel Stange

RM Heidi Raschke

beratendes Mitglied

Geschäftsführer Wilhelm Loth

Sachverständiger

Polizeihauptkommissar Axel von der Osten

Von der Verwaltung

BM Frank Ulrichs

AV Holger Reising

StAR Jürgen Vißer

Verwf.-Angest. Marco Bargstaedt

Schriftführer

Verw.-Angest. Christiane Barleben

Entschuldigt fehlen:

RV Johannes Terfehr

Tagesordnung

1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung
2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 27.01.2014
3. Satzung über die Entschädigung für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Norderney
4. 1. Änderung der Norderneyer Gefahrenabwehrverordnung (NeyGefAbVO)
5. Umgestaltung und Erweiterung des Busbahnhofes "Rosengarten"
6. Bericht über die Verkehrsbereisung vom 07.04.2014
7. Mitteilungen der Verwaltung
8. Anfragen und Anregungen
9. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

TOP 1. Eröffnung der Sitzung, Feststellung der ordnungsgemäßen Ladung, der Anwesenheit und Beschlussfähigkeit sowie der Tagesordnung

Der Vorsitzende Aldegarmann eröffnet die Sitzung, stellt die ordnungsgemäße Ladung, die Anwesenheit der Ausschussmitglieder und die Beschlussfähigkeit fest.

TOP 2. Genehmigung der Niederschrift über die öffentliche Sitzung vom 27.01.2014

Die Niederschrift über die Sitzung vom 27.01.2014 wird mit 5 Jastimmen und 2 Enthaltungen wegen Nichtteilnahme genehmigt.

TOP 3. Satzung über die Entschädigung für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Norderney

StAR Vißer teilt mit, dass die bisherige Satzung seit 1982 bestehe. Die Neufassung der Satzung sei zum einen durch rechtliche Änderungen des NBrandSchG erforderlich. Hier seien z.B. Kinderbetreuungskosten hinzugekommen, deren Höchstbetrag in einer Satzung festgesetzt werden müsse.

Zum anderen solle die bisherige Höhe der Aufwandsentschädigungen nach mehr als dreißig Jahren angepasst werden. Für den Stadtbrandmeister solle die Aufwandsentschädigung von 87,00 auf 120,00 € monatlich erhöht werden, für seinen Stellvertreter von 41,00 auf 60,00 € monatlich. Somit würden jährliche Mehrkosten in Höhe von 624,00 € entstehen.

Um das Engagement im Rahmen des vorbeugenden Brandschutzes zu würdigen, solle dem Personal bei Brandsicherheitswachen in Zukunft eine Aufwandsentschädigung in Höhe von 15,00 € je Stunde zugestanden werden.

BM Ulrichs erklärt, dass im vergangenen Jahr mit Wirkung ab diesem Jahr ein neuer Kosten- und Gebührentarif für die Feuerwehr auf den Weg gebracht worden sei. In diesem Tarif werde ein Betrag von 19,00 € für die Brandsicherheitswachen festgesetzt. Dieser Stundensatz werde dem Auftraggeber pro Feuerwehrmitglied anschließend in Rechnung gestellt. Die durch die Anpassung entstehenden Mehrkosten würden somit wieder hereingeholt. Der Differenzbetrag verbleibe im Budget der Feuerwehr.

Der Entwurf sei vorab mit der Feuerwehr Norderney besprochen worden.

Beschluss

Der als Anlage beigefügten Satzung über die Entschädigung für Ehrenbeamte und sonstige ehrenamtlich tätige Mitglieder der Freiwilligen Feuerwehr Norderney wird zugestimmt.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 4. 1. Änderung der Norderneyer Gefahrenabwehrverordnung (NeyGefAbVO)

BM Ulrichs erläutert die Sitzungsvorlage.

Anlass zur Änderung seien massive Beschwerden zum Thema freilaufende Hunde und deren Hinterlassenschaften.

Gerade zu den Zeiten außerhalb des alljährlich geltenden Leinenzwangs für Hunde habe wiederholt ein erhöhtes Aufkommen an Beschwerden zum Thema „Hund“ festgestellt werden können. Um das Problem einzudämmen, solle der Leinenzwang ganzjährig gelten.

Seinerzeit sei ein ganzjähriger Leinenzwang an der fehlenden Gästedichte während der von der Regelung ausgenommenen Kalendermonate gescheitert. Heutzutage sei in den Monaten Januar, Februar, November und Dezember eine entsprechende Gästedichte zu verzeichnen, wodurch nunmehr ein ganzjähriger Leinenzwang ausgesprochen werden könne.

RM Kiefer äußert, dass das Thema „Hundekot“ und „nicht angeleinte Hunde“ differenziert betrachtet werden solle. Er sehe das Problem nicht beim freilaufenden Hund, sondern bei deren Besitzern. Trotz des „Ableinens“ solle der Hund beaufsichtigt werden. Der Hundebesitzer, der seinen Hund „streunen“ lasse, solle bestraft werden.

RM Raschke wirft ein, dass durch den ganzjährigen Leinenzwang die Hundewiese mit freilaufenden Hunden stärker frequentiert werde und auch hier die Gäste mit Angstpotenzial, wie z.B. Familien, auf dem Weg zum Weststrand auf die Hunde treffen würden.

RM Kiefer meint, dass die meisten Hundebesitzer Verantwortung zeigten und das Problem bei einigen wenigen Hundebesitzern läge. Das reiche nicht aus, um diesen Beschluss zu rechtfertigen.

Durch RM Flessner und RM Budde kommt die Frage auf, wie der Leinenzwang seitens des Ordnungsamtes kontrolliert werde bzw. wie hier vorangegangen werde. StAR Vißer erläutert, dass die Außendienstmitarbeiter die Hundehalter zunächst ansprechen und verwarnen. Gäste die zum ersten Mal auf der Insel seien, bekämen den Norderneyer Hundeflyer mit auf den Weg. Bei wiederholt ordnungswidrigem Handeln werde ein Bußgeldverfahren eingeleitet. Bekomme das Ordnungsamt Mitteilungen über streunende Hunde, sei diese Aussage oftmals für ein Bußgeldverfahren zu unkonkret. Gefährliche Hunde würden dem Landkreis Aurich gemeldet. BM Ulrichs wirft ein, dass viele Leute bemerkbare Verstöße erst gar nicht zur Anzeige brächten.

BM Ulrichs äußert den Alternativvorschlag, den Leinenzwang von Mitte Dezember bis Mitte Januar einzuführen. Das Gästeaufkommen sei zu dieser Zeit vergleichbar mit demjenigen der Sommerferienzeiten von Niedersachsen/NRW. Im vergangenen Jahr habe die Reederei von Mitte Dezember bis Ende Dezember einen Transport von mehr als 670 Hunden zur Insel registriert.

RM Stange wirft ein, dass das Problem so auch nicht gelöst werde. In den vier Wochen werde der einzelne Hundehalter wenn überhaupt, einmal angesprochen und ermahnt.

Das Problem sei der Halter, der seinen Pflichten nicht nachkomme, so GF Loth. Er bestätigt, dass das Beschwerdeaufkommen zum Thema Hund gerade in den Wintermonaten deutlich zunehme. Die Beschwerdepunkte reichten vom Hundekot in den Zeiten, wo der Schnee abtaue, bis hin zu Beschwerden über freilaufende Hunde durch Familien und ältere Menschen. Auch in den anleinpflchtigen Zeiten gebe es viele Hundebesitzer, die ihre Hunde z.B. am Strand oder im Nationalparkgebiet frei laufen ließen. Um das Hundekotproblem zu lösen, wünsche er sich einen empfindlichen Bußgeldkatalog. Das Staatsbad biete erneut die Hilfe der Strandkapitäne an, die Ordnungsbeamten bei der Kontrolle an den Stränden zu unterstützen. Das Argument, es gebe zu wenig Mülltonnen auf der Insel, zähle für ihn nicht.

RM Raschke äußert, dass dieses Problem schon einmal Thema einer Sitzung gewesen sei, sie hätte damals für einen Mülleimer auf/an der Hundewiese plädiert. Auch heute könnten die Anwohner des Alten Horstes benutzte Hundekotbeutel in den Gebüschten bzw. Gärten vorfinden.

RM Bakker-Dinkla bittet, weiterhin an möglichen Lösungsansätzen zu arbeiten, auch wenn die Änderung der Norderneyer Gefahrenabwehrverordnung auf keinen Zuspruch treffe. Vorsitzender Aldegarmann sagt ihr dieses zu.

StAR Vißer erörtert anhand eines Beispiels, dass sich der Bürger „anpasse“. Sobald ein Außendienstmitarbeiter zu erkennen sei, verhalte er sich ordnungsgemäß. Vorsitzender Aldegarmann fordert, dass der Bürger nicht nur über das Verhalten von Hundehaltern schimpfe, sondern Zivilcourage zeige und deren Fehlverhalten zur Anzeige bringe.

Beschluss

Die 1. Änderung der Norderneyer Gefahrenabwehrverordnung wird abgelehnt.

0 Stimmen dafür

7 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 5. Umgestaltung und Erweiterung des Busbahnhofes "Rosengarten"

StAR Vißer erörtert die derzeitige Situation des Busbahnhofes. Da dieser im Laufe der Jahre erheblich mehr an Bedeutung gewonnen habe, sei die Umgestaltung und Erweiterung notwendig. Gerade die Bordsteinkanten müssten an die neuen Niederflurbusse angepasst werden. Aber auch den geh- und sehbehinderten Mitbürgern solle die Benutzung des Busbahnhofes und der Einstieg in die Busse erleichtert werden. In Zusammenarbeit mit der TDN sei bereits ein Konzept erarbeitet und Ende Mai ein Förderantrag bei der Landesnahverkehrsgesellschaft Niedersachsen gestellt worden. Man hoffe, eine Förderung des Landes zu erhalten, um die Umgestaltung und Erweiterung des Busbahnhofes 2015 umzusetzen.

RM Flessner erkundigt sich, ob die Pflasterung komplett erneuert werden solle. StAR Vißer erläutert, dass dies in dem Förderantrag mitbeantragt worden sei. Man müsse jedoch abwarten, ob eine komplette Pflastererneuerung förderfähig sei.

BM Ulrichs betont, dass die Fördermittel lediglich „bedarfsorientiert“ seien und nur den ÖPNV berücksichtigten. Für Taxisstände bzw. Stände der Inselrundfahrten seien öffentliche/städtische Mittel zu verwenden. Hier habe es bereits Gespräche mit den örtlichen Verkehrsbetrieben gegeben, welche grundsätzlich bereit seien, sich an den Kosten zu beteiligen.

Auch das angedachte Toilettenhäuschen werde aller Wahrscheinlichkeit nach nicht förderfähig sein. Der Ausschuss ist sich jedoch einig, dass eine solche Einrichtung an dieser Örtlichkeit Sinn macht. Die genaue Position und Ausgestaltung wird noch vorgestellt.

Beschluss

Der vorgelegten Umgestaltungs- und Erweiterungsplanung wird zugestimmt.

7 Stimmen dafür

0 Stimmen dagegen

0 Enthaltungen

TOP 6. Bericht über die Verkehrsbereisung vom 07.04.2014

BM Ulrichs berichtet über die einzelnen Tagespunkte der Verkehrsbereisung am 07.04.2014:

- Zonenhalteverbot Windjammerkai/Up Süderdün/Passatweg
Seit kurzem bestehe in diesen Bereichen ein Zonenhalteverbot.
Um der Parksituation Herr zu werden, habe man sich entschlossen, im Bereich des Windjammerkai/Up Süderdün eine Parkraumbewirtschaftung zu schaffen. Der ruhende Verkehr habe sich daraufhin neue Nischen gesucht. Fahrzeuge seien in angrenzenden Straßen abgestellt und der fließende Verkehr hierdurch behindert worden. Besonders der Bereich Passatweg sei davon betroffen gewesen.
Man habe sich entschlossen, diesen Bereich im Rahmen der Verkehrsbereisung noch einmal anzusehen, da auch noch Unstimmigkeiten bezüglich der Beschilderung bestanden hätten.
Besonderes Augenmerk habe der Beschilderung „Verkehrsberuhigter Bereich“ (Verkehrszeichen 325) gegolten. Dieses Schild, habe die Regelung des Zonenhalteverbotes überlagert

und auch aufgrund mangelnder baulicher Gegebenheiten nicht dort stehen bleiben dürfen. Aus Sicht der Straßenverkehrsbehörde habe dieses Schild entfernt werden müssen. Die Entfernung der Beschilderung habe erstaunlicherweise für Unruhe bei den Anwohnern gesorgt, welche der Auffassung seien, dass nun die Fahrzeuge zum schnelleren Befahren der Straßen verleitet würden.

BM Ulrichs erläutert, dass die rechtlichen Rahmenbedingungen für das Schild „Verkehrsberuhigter Bereich“ derzeit nicht gegeben seien. Es müssten einige bauliche Maßnahmen getroffen werden, um den Verkehr entsprechend zu entschleunigen. Die Anwohner seien angeschrieben worden. Es sei ihnen vorgeschlagen worden, die Situation und den Verkehr über den Sommer hinweg zu beobachten. Sollten hier Beeinträchtigungen oder Gefährdungen auftreten, werde nach Lösungen gesucht.

- Parkverbot Mühlenstraße und Unnert Diek
Um die Parkproblematik in den Sommermonaten zu umgehen, werde ab Beginn der ersten Sommerferien (NRW oder Niedersachsen) bis zum Ende der letzten Sommerferien (NRW oder Niedersachsen) ein „Halteverbot“ in diesem Bereich eingerichtet.
- Haltestelle NC-Bus Parkplatz C
An der Einmündung „Parkplatz C“ auf der Seite des Sportplatzes werde am Ende des gepflasterten Fußweges zunächst provisorisch für ein Jahr eine zusätzliche Haltestelle für den NC-Bus eingerichtet.
- Verkehrssituation „Zirkus“
Die geltende Regelung (die Durchfahrt im Sommer von West nach Ost; freie Durchfahrt im Winter) sei nun dauerhaft angeordnet.
- Verkehrssituation Richthofenstraße zwischen Lüttje Legde und Südstraße
Es seien Gespräche mit Anliegern dieses Bereiches über die dort gefahrenen Geschwindigkeiten geführt worden. Es zeige sich, dass das Aufstellen des Geschwindigkeitsmessgerätes zu einer Beruhigung des Verkehrs geführt habe. Die Stadt Norderney habe sich entschlossen, das Gerät noch eine Zeit lang an diesem Standort stehen zu lassen.
- Bürgermeister-Willi-Lührs-Straße
Da parkende Fahrzeuge den Verkehr, insbesondere den ÖPNV, erheblich behinderten, sei für die westliche Seite ein Haltverbot von den Kap-Wohnungen bis zur Feuerwehr angeordnet und entsprechende Verkehrszeichen aufgestellt worden.

Festzustellen sei, dass sich die parkenden Fahrzeuge nun in nördlicher Richtung verlagert hätten. Dies müsse man in nächster Zeit beobachten und das Halteverbot ggfls. auch dort fortführen, wenn weitere Verkehrsbehinderungen auftreten würden.

RM Kiefer schlägt vor, die Norderneyer Firmen, die auch über Nacht in den Bereichen parken, auf das Problem hinzuweisen.

Das Thema „Schreiberringe“ habe am Tag der Bereisung nicht vertieft werden können, solle aber zum nächsten Termin berücksichtigt werden.

- Buslinie 2: Verkehrsführung über die Tannenstraße
Die Buslinie 2 werde ab sofort nicht mehr durch die Tannenstraße geführt, sondern testweise durch die Knyphausenstraße. Grund seien vermehrte Beschwerden eines Anwohners über Schäden an seinem Haus, welche durch Erschütterungen der Busse entstanden sein sollen.
- Verkehrssituation Onnen-Visser-Platz
Der Verkehr von West nach Ost über den Onnen-Visser-Platz sei nicht dringend notwendig, denn der Verkehr könne problemlos über die Maybachstraße geführt werden. Ab sofort seien auf dem Onnen-Visser-Platz nur noch Fußgänger und Radfahrer zulässig.

- Verkehrsregelungen in den Fußgängerzonen
Ab Pfingsten gelte in den Fußgängerzonen „Friedrich-/Schmiedestraße“ und „Jann-Berghaus-Straße“ die gleiche „Fahrradregelung“ wie für die Bülowallee.
- Zonenhalteverbot „Nordhelm-Siedlung“
Die bestehende Zonenhalteverbotsregelung sei nun dauerhaft – für die Dauer des Sommer-Saisonverkehrsverbotes – angeordnet.
- Befahren von Wegen mit „Segways“
Durch das Befahren der „Segways“ auf Rad- und Wanderwegen fühlten sich einige Bewohner und Gäste aufgrund der hohen Geschwindigkeiten gestört. Aus aktuellem Anlass sei das Thema im Rahmen der Verkehrsbereisung rechtlich genauer beleuchtet worden. Segways fielen unter die sog. Mobilitätshilfenverordnung -MobHV-. Hiernach dürfen Segways auf Fußwegen nicht fahren, sondern nur auf reinen Radwegen.
Die einzelnen Verleiher seien bereits unterrichtet worden. Es sollen in naher Zukunft Überlegungen getroffen werden, wie man vor allem auf den Rad- und Wanderwegen mit diesen Gefährten umgehen möchte. Da es auf Wegen wie dem Zuckerpatt vermehrt zu gefährlichen Begegnungen zwischen Radfahrern und Fußgängern komme, müsse man sich in Zukunft ohnehin Gedanken zur Entflechtung dieser Situationen machen.
- Saisonverkehrsverbot: Schadstoffgruppe 4
2015 laufe der befristete Bestandsschutz für Lkws (ältere Fahrzeuge, schlechter als Schadstoffgruppe 4) aus.
Eine interne Liste von betroffenen Fahrzeugen sei bereits erstellt worden. Die dadurch bekannten Fahrzeugeigentümer würden darüber informiert, dass ihre Fahrzeuge ab 2016 nicht mehr in den Ort hineinfahren dürften. Es solle ermittelt werden, welche Firmen wirtschaftlich nicht in der Lage seien, ihre Fahrzeuge umzurüsten bzw. zu ersetzen.
- Geschwindigkeitsbegrenzung auf dem Karl-Rieger-Weg
Die jetzige Geschwindigkeitsbegrenzung auf 60 km/h sei nun dauerhaft angeordnet.
- Parkerleichterung für Handwerker
Handwerker sollen grundsätzlich eine Ausnahmegenehmigung vom Zonenhalteverbot für zwei Stunden beantragen können. Im Einzelfall sollen auch vier Stunden möglich sein.
- Handhabung der Längen- und Gewichtsbeschränkung
Vermehrt fielen Fahrzeuge auf der Insel auf, die schwerer als 8,5t und länger als 8,5m seien. Solche Fahrzeuge würden nur über das Straßenverkehrsamt genehmigt, wenn es sich um eine nichtteilbare Ladung handle. Aufgrund der vermehrten Bautätigkeit sei das Aufkommen an Fahrzeugen immens gestiegen. Damit sei auch eine erhöhte Anzahl an Fahrzeugen verbunden, die keine Ausnahmegenehmigung vom Saisonverkehrsverbot haben und trotz allem den Ortskern befahren.
Dies solle in Zukunft durch stärkere Kontrollen vermieden werden. Auch im Rahmen der Bauantragsstellung solle in Zukunft dokumentiert werden, dass Bauherren auf geltende Vorschriften (Lärmschutzverordnung, Längen- und Gewichtsbeschränkungen etc.) hingewiesen worden seien. Bei einer späteren Ablehnung des Antrages auf Erteilung einer Ausnahmegenehmigung könne dann darauf verwiesen werden, dass diese Vorschriften von Anfang an bekannt gewesen seien.

RM Raschke äußert, dass die neu eingerichtete Parkfläche am Alten Horst bei Anwohnern und Gästen für Verunsicherung Sorge. Auf dem Parkplatzschild stehe „Parken nur mit Bewohnerparkausweis“ und „Parken nur mit Parkschein“. Es fehle der Hinweis, wo solch ein Parkschein zu lösen sei und welche Gebühr erhoben werde. Außerdem seien die Anlieger am Alten Horst noch nicht über die Möglichkeit eines Bewohnerparkausweises informiert worden.

StAR Vißer sicherte zu, dass die Bewohner noch im Nachhinein angeschrieben und über die Möglichkeit eines Bewohnerparkausweises aufgeklärt würden. Mitte Juli sollen nach Angabe des Herstellers die noch fehlenden Parkscheinautomaten am Alter Horst und im nördlichen Teil Up Süderdün aufgestellt werden. Die Parkgebühren beliefen sich je angefangene 24 Stunden auf 2,00€.

TOP 7. Mitteilungen der Verwaltung

StAR Vißer teilt mit, dass begonnen worden sei, die Fahrradabstellanlagen im Ortskern zu erneuern bzw. zu erweitern:

- Am Denkmal seien neue Fahrradabstellanlagen geschaffen worden. Es zeige sich hier bereits Bedarf für weitere Fahrradabstellanlagen.
- In der Poststraße im Bereich Bistro Börse sei zunächst die alte Abstellanlage erweitert worden. Eine endgültige Planung über den nördlichen Teil der Poststraße solle bis zum Herbst erarbeitet werden.
- In der Poststraße vor der Rossmannfiliale sei testweise eine einseitig nutzbare Fahrradabstellanlage nicht ortsfest errichtet worden.
- In der Langestraße sei die alte Abstellanlage durch das neue System ersetzt worden.
- In der Kirchstraße sei die vorhandene Fahrradabstellanlage mit den aus der Strandstraße entfernten Abstellanlagen erweitert worden.
- Die Fahrradabstellanlage in der Strandstraße sei durch eine beidseitig nutzbare Anlage ersetzt worden.
- In der Bülowallee würden in den kommenden Tagen die sog. „Bügel“ fertig gestellt.

Der Kostenrahmen belaufe sich derzeit auf rund 17.000€.

TOP 8. Anfragen und Anregungen

RM Budde spricht die nächtliche Raserei auf der Insel an und bittet, dagegen vorzugehen. Gerade über Pfingsten sei dies bei Taxen in Richtung Inselosten und zurück zu beobachten gewesen. Durch die nächtliche Raserei seien viele Kaninchen und eine Katze angefahren worden. Er sei zudem Augenzeuge eines riskanten Überholmanövers gewesen, bei dem auch Menschen zu Schaden hätten kommen können.

RM Flessner fügte hinzu, dass auch im Ortskern dieses Problem bestehe. PHK von der Osten nahm dies zur Kenntnis.

TOP 9. Einwohner- / Einwohnerinnenfragestunde

Herr Luttmann regt folgende Punkte an:

- Durch die Baumaßnahme in der Winterstraße 15 habe die Straßenpflasterung großen Schaden genommen. Fraglich sei, warum diese Schäden noch nicht behoben worden seien.
- Die Beschilderung am Onnen-Visser-Platz Sorge bei Radfahrern für Verwirrung. Dem Radfahrer sei die Durchfahrt von der Knyphausenstraße zur Moltkestraße nicht mehr möglich, sondern er müsse nun auf den südlichen Teil ausweichen.
- Bei der einseitig nutzbaren Fahrradabstellanlage vor der Rossmannfiliale, würden beidseitig Fahrräder abgestellt. Dadurch werde die Rettungsgasse versperrt.

BM Ulrichs erklärt, dass vor jeder Baumaßnahme die Straßeneigenschaften dokumentiert und fotografiert würden. Nach Abschluss jeder Baumaßnahme finde eine Abnahme mit den Bauherren statt. Hier würden alle Mängel aufgenommen und die einzelnen Bauherren zur Instantsetzung aufgefordert. Es könne nicht immer gleich allen Mängeln nachgegangen werden.

Herr Geismann beanstandet die Umlegung der NC-Bus-Linie durch die Maybachstraße. Diese Straße sei nicht für eine derartige Belastung durch tägliches Befahren von Bussen und Lkws ausgelegt. Hier seien bereits Schäden an den Häusern festzustellen. Grund sei, dass auch in dieser Straße überwiegend Häuser der alten Bauweise stünden.

BM Ulrichs erklärt, dass für viele Straßen ein solcher Verkehrsfluss problematisch sei. Es müsse beobachtet und ggfls. wie aktuell in der Tannenstraße gehandelt werden.

Herr Jentsch erkundigt sich, warum die Anwohner bei Straßensanierungen mit herangezogen würden und nicht nach dem Verursacherprinzip gehandelt werde. Solche Summen könne ein normaler Bürger nicht ohne weiteres finanzieren. Es wird auf Regelungen zum Straßenausbaubeitrag verwiesen.

Herr Geismann regt an, dass vor allem an den Badestränden stärker gegen nicht angeleinte Hunde vorgegangen werden solle. Zu diesem Thema habe er vermehrt Beschwerden seitens seiner Gäste.

Herr Karow erkundigt sich nach den Kosten eines Parkscheinautomaten. StAR Vißer erklärt, dass sich die Kosten für den Erwerb eines Parkscheinautomaten auf 5.000€ belaufen.

Herr Karow schlägt vor, eine Art „Prangerseite“ auf der Internetplattform „Facebook“ zu eröffnen. Damit könne das Hundeproblem eingedämmt werden, da viele Hundebesitzer abgeschreckt würden und nicht bildlich auf dieser Plattform erscheinen wollten. Dieser Vorschlag wird zur Kenntnis genommen.

Der Vorsitzende schließt die öffentliche Sitzung.

Aldegarmann
(Vorsitzender)

Ulrichs
(Bürgermeister)

Barleben
(Protokollführerin)